

Erfüllte Versprechungen

Interview mit Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, über den Umsetzungsstand von eEurope 2005, e-Government in den Beitrittsländern, Good Governance und politischen Reformwillen.

Herr Liikanen, die EU-Kommission hat kürzlich eine erfolgreiche Zwischenbilanz des Aktionsplans eEurope 2005 vorgelegt. In welchen Bereichen sind beim e-Government die größten Fortschritte zu verzeichnen?

Es hat sich in der Tat in den letzten Jahren viel getan. So ist die Zahl der online verfügbaren Services von Behörden in den letzten zwei Jahren von 45 auf 67 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat die Zahl der vollständig webbasiert abwickelbaren Transaktionen von 17 auf 43 Prozent zugenommen. Generell steht das Thema e-Government ganz oben auf der politischen

In welchen Bereichen besteht noch der größte Handlungsbedarf?

Entwicklungsbedarf sehen wir insbesondere in vier Themenfeldern. Zum einen bedarf es einer gründlichen Überprüfung der Arbeitsabläufe im Back-Office. Weniger Bürokratie sowie mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sind hier die Stichworte. Um dies zu realisieren, bedarf es vor allem des politischen Willens der Entscheidungsträger. Ein weiteres Thema ist die Interoperabilität. Abteilungen und Behörden können nicht zusammenarbeiten, wenn ihre Informations- und Kommunikationssysteme

nicht kompatibel sind. Hier sind noch eine Vielzahl an technischen

Herausforderungen zu bewältigen. Die Interoperabilität spielt auch eine zentrale Rolle bei europaweiten e-Services – ein weiteres wichtiges Thema. Und nicht zuletzt muss sich e-Government einem Identitätsmanagement verpflichten. Die Realisierung von Lebenslagenansätzen und One-Stop-Websites ist leichter gesagt als getan. Entscheidend wird zukünftig sein, den Menschen Dienste anzubieten, in denen sie mit personalisierten Angeboten

ihre jeweilige Bürgeridentität wiederfinden.

Mit welchen konkreten Initiativen bringt die EU-Kommission die Entwicklung in diesen Bereichen voran?

Die Unterstützung von konkreten e-Government-Projekten ist die Aufgabe des Structural Funds for regional development. Zu den größten Herausforderung gehört die Etablierung von Standards. Zu diesem Zweck hat die EU das „European Interoperability Framework for Pan-European e-government Services“ gestartet.

Aktuelle Studien zeigen, dass in der EU Services für Unternehmen weiter entwickelt sind als die für die Bürger – Anlass zu mehr Bürgerorientierung?

Für die EU-Kommission hat ein bürgerorientierter Ansatz eine zentrale Bedeutung im e-Government. Die Entscheidung darüber, wo der Schwerpunkt gelegt wird, liegt letztendlich aber bei den Mitgliedsstaaten. Um auf europäischer Ebene unter anderem auch grenzüberschreitende e-Bürgerservices



Erkki Liikanen

„Es müssen Dienste angeboten werden, in denen die Menschen ihre Bürgeridentität wiederfinden.“

Agenda und fast alle EU-Länder haben detaillierte Masterpläne erstellt. Allerdings ist es mit der Bereitstellung von e-Services nicht getan. Der Fokus muss jetzt darauf liegen, die Nutzungsraten zu erhöhen, damit die Vorteile der Online-Dienste auch wirklich den Bürgern, Unternehmen und den Behörden selbst zugute kommen. Zahlreiche vorbildliche Anwendungen zeigen: Die in e-Government gesetzten Erwartungen werden erfüllt.

voranzubringen, hat die EU-Kommission ein eigenes Internet-Portal eingerichtet. Zudem wird seit April als Teil eines neuen Netzwerkes eine Datenbank mit vorbildlichen e-Government-Projekten zum Austausch von Erfahrungen aufgebaut.

Eine Studie von Cap Gemini fand heraus, dass Online-Services, die dazu dienen Einnahmen zu generieren, weiter entwickelt sind als andere. Offenbar steht bei der Realisierung von Online-Services immer seltener der Nutzen für die Anwender im Mittelpunkt, sondern mögliche Kostensenkungen und Effizienzsteigerungen für die Verwaltung.

„Good Governance bedeutet mehr als nur Effizienzsteigerung.“

Ein Ergebnis der Studie von Cap Gemini war, dass zentral zur Verfügung gestellte e-Services zu den am weitesten entwickelten gehören, da es für deren Implementierung relativ geringer Investitionen bedarf. Das beste Beispiel dafür sind Dienste in Bezug auf die Einkommenssteuer, die in den meisten Ländern zentral und flächendeckend von einer Behörde angeboten werden. Ein anderer Grund für die relativ gute Entwicklung von Finanzdienstleistungen liegt darin, dass dieser Bereich zu den ersten gehörte, in denen moderne Informations- und Kommunikationstechnologien genutzt wurden. Die Reduzierung von Kosten ist hier eine wichtige Motivation, aber sicherlich nicht die einzige.

Was können e-Government-Projekte neben der Kostenreduzierung und Effizienzsteigerung grundsätzlich zu einem verbesserten Verwaltungshandeln beitragen?

Good Governance mithilfe von e-Government bedeutet in der Tat mehr als nur Effizienzsteigerung. Genauso wichtig sind qualitative Verbesserungen von e-Services und dass die Dienste für alle Menschen zugänglich sind sowie größere Beteiligungsmöglichkeiten, damit die Demokratie im Ganzen gestärkt wird. Bei der Umsetzung mag es vorkommen, dass einige dieser Ziele im Widerspruch zu einander stehen. Gerade dann ist es wichtig, längerfristig zu denken. So ist es beispielsweise aufwändiger, e-Services zu entwickeln, die auch von Menschen mit wenig Computerkenntnissen genutzt werden können. Langfristig aber würden

für die Gesellschaft höhere Kosten entstehen, wenn sie größere Bevölkerungsteile vom Zeitalter der Informationstechnologie ausschließt.

Wo sehen Sie die größten Herausforderungen, die neuen EU-Mitgliedsstaaten in bestehende e-Government-Strukturen einzubinden?

Zu den Schlüsselaufgaben gehört die Schaffung von verbindlichen Institutionen, beziehungsweise die Einbindung der Länder in bestehende Institutionen. Dazu gehören zum Beispiel das Rechts- und Gesundheitssystem. Hier kommt e-Government gerade zum richtigen Zeitpunkt. Mit dem Einsatz von modernen Informationstechnologien und der gleichzeitigen Neuorganisation von Arbeitsabläufen kann e-Government viel zu besseren Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltungen beitragen. Zugleich tun die alten EU-Staaten gut daran, sich genau anzusehen, wie einige

der Beitrittsländer ihre öffentliche Verwaltung modernisieren. Einige der Beitrittsstaaten gehören beim e-Government zu den besten weltweit.

Es gibt grundsätzlich zu viele „e“-Programme und Initiativen und zu wenig politischen Reformwillen, sagen Kritiker. Würden Sie dem zustimmen?

Manchmal ist es wirklich so, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht. Die meisten der Programme aber ergänzen sich sinnvoll und tragen zu gegenseitigem Erfolg bei. Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung hat sehr vielseitige Aspekte, dies spiegelt sich in den vielen Initiativen wider. Ich sehe darin keinen Mangel an politischer Führerschaft. Dass diese benötigt wird, steht außer Frage. Denn gerade nachdem sich e-Government etabliert hat, wird jetzt erwartet, dass der ganze Nutzen für Bürger und Unternehmen ausgeschöpft wird. Und dies bedarf politischen Durchsetzungswillens. Dienste online zu stellen ist der erste Schritt, es gibt noch einiges mehr zu tun.

Interview: Udo Renner

Web-Service

Die neuesten Informationen zu den e-Government-Initiativen der EU-Kommission und zu Vorzeigeprojekten aus der Praxis finden sich unter:

- <http://europa.eu.int/egovernment>

Das EU-Portal zur Förderung von grenzüberschreitenden e-Services hat die Adresse:

- <http://europa.eu.int/public-services>

Diese Links finden Sie auch unter www.kommune21.de.